

Selber schuld

Umweltschützer planen ein „Aktionsjahr“ gegen „Wald- und Menschensiechtum“ – mit gewaltigen Massenkundgebungen, Treckerkonvois und Blockaden. Ziel: Luftreinhaltung nach japanischem Vorbild.

Verdammt noch mal“, flucht die Kirchenrechtlerin Bettina Krems-Hemesath, „unsere Kinder sind doch keine Immissionsdauerstestkarnickel.“

Erzürnt über verschmutzte Luft daheim im Bergischen Land, wo wie andernorts die Bäume sterben, hat die Mutter dreier Kinder gemeinsam mit ihrem Mann, dem Rechtsprofessor Burkhardt Krems, jüngst eine bundesweite Aktionsgemeinschaft ins Leben gerufen. Titel: „Juristen gegen Wald- und Menschensiechtum“.

Daß Wald wie Menschen gleichermaßen einer Lobby gegen die Atemluftverschmutzung bedürfen, hat sich dem Ehepaar Krems erschlossen, nachdem es im letzten Herbst mit dem Versuch gescheitert war, mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts den Bonner Gesetzgeber zu zwingen, das lasche Luftreinhaltegesetz zu verschärfen. Die Karlsruher Richter erklärten, zunächst müßten die unteren Instanzen bemüht werden.

„Also bitte“, sagte sich die abgewiesene Klägerin Krems-Hemesath, „dann muß eben gegen jeden Emittenten zwischen Flensburg und Garmisch geklagt werden.“ Zu diesem Zweck will das Ehepaar gleichgesinnte Juristen mobilisieren und einen „Aufstand“ all derer anzetteln, die von den Folgen der Luftverschmutzung betroffen sind: „Mütter, Gärtner, Förster, Ärzte, Hoteliers, am besten alle Bürger.“

Dem Ziel, „neben jedem Schornstein eine Bürgerinitiative“ aufzubauen, sind die Umwelt-Aktivisten letzthin ein Stück nähergekommen: Seit Anfang des Jahres in Westdeutschland publik geworden ist, daß etliche Mediziner die Atemnotfälle bei jährlich rund 16 000 Kleinkindern („Pseudo-Krupp“) und den mysteriösen „Plötzlichen Kindstod“ von 2000 bis 4000 Babys unter anderem auf dieselben Luftgifte zurückführen, die den Wald ruinieren (SPIEGEL-Titel 2/1984), formieren sich allenthalben Eltern zu einem

„Kreuzzug für die Kinder“ (Fachblatt „Natur“).

Auf einen Appell in der Eltern-Zeitschrift „spielen + lernen“, „die Politiker zum Eingreifen zu zwingen“, gingen bei Bettina Krems-Hemesath in Neunkirchen-Seelscheid „korbeweise Briefe“ ein. Binnen kurzem, meldete letzte Woche auf einer Pressekonferenz in Bonn der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), seien rund zwanzig neue Elterngruppen entstanden. Einige seit längerem bestehende Organisationen melden Zuspruch und Zulauf, etwa

▷ die „Bürgerinitiative Oker/Harlingerode“, die einer „Häufung von Kindstodfällen“ in der Industrieregion am nördlichen Harzrand nachgeht und die Anfang dieses Monats mitteilte, daß sie „Strafanzeige gegen Unbekannt wegen fahrlässiger Tötung“ erstattet habe;

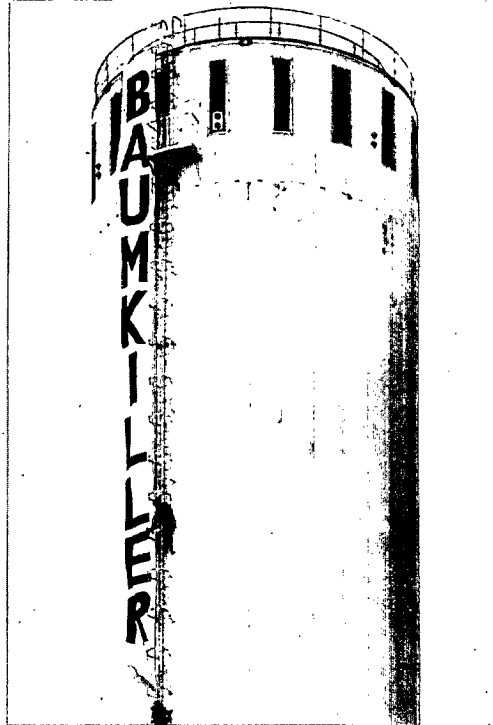


Demonstration gegen Waldsterben*
„Kreuzzug für die Kinder“

▷ die „Eltern-Initiative Pseudo-Krupp“ im hochgradig belasteten Essener Industrie- und Arbeiterviertel Borbeck; Sprecher der Gruppe berichteten am Dienstag voriger Woche im TV-Magazin „Report“ über eine Unterschriftensammlung, mit der von der Stadt Essen zusätzliche Luftreinhaltevorkehrungen gefordert werden;

▷ eine „Interessengemeinschaft für gesunde Luft“, die mit Flugblättern und Prozessen für bessere Smog-Alarmpläne in Berlin streitet, wo nach Untersuchungen des Statistischen Landesamtes an Tagen mit hoher Luftverschmutzung die Sterblichkeit alter Menschen um 15 Prozent emporschnellt.

* Oben: „Robin Wood“-Transparent am saarländischen Kohlekraftwerk Bexbach; Mitte: in Steinfurt (NRW).



Aktion gegen Waldsterben*
„Paten für jeden Schornstein“

Mittlerweile meinen laut Emnid-Umfrage 84 Prozent der Bundesbürger, für saubere Luft und gegen das Waldsterben „sollte mehr getan werden“; als besonders umweltbewußt erwiesen sich Jungbürger und Akademiker. Politiker in Bund und Ländern reagieren auf die Forderungen von Wald- und Menschenschützern indes höchst unterschiedlich.

Grüne Funktionäre, aber auch viele Sozialdemokraten sehen in der nun aufflamenden Diskussion über die gesundheitlichen Folgen von Luftschadstoffen eine politische Chance, für das Thema Saurer Regen „viel mehr Leute zu mobilisieren als nur die Naturschützer und Denkmalspfleger“ (Grünen-MdB Wolfgang Ehmke) und so endlich „Malocher und Waldläufer“ zusammenzubringen, wie es sich etwa der Düsseldorfer Ex-Agrarminister Hans Otto Bäumer (SPD) seit langem wünscht.

Die Regierenden hingegen, quer durch die Parteien, zeigen sich irritiert. Nordrhein-Westfalens sozialdemokratischer Gesundheitsminister Friedhelm Farthmann, selber politisch mitverantwortlich für den gesundheitsschädigenden Dreck im Revier, legt Wert auf die Feststellung, Industrieabgase seien lediglich „nachrangige“ Krankheitsursachen; zu den gewichtigeren Faktoren zählten zum Beispiel die „Rauchgewohnheiten der Eltern“. Offenbar, kommentiert bisig Kinderschützerin Krems-Hemesath, seien „die Mütter mal wieder selber schuld“.

Farthmanns niedersächsischer Kollege Hermann Schnipkowitz (CDU) hingegen räumt ein, es stehe „außer Zweifel“, daß das Waldgift Schwefeldioxid auch die Abwehrkraft des Menschen schwächen könne. Unter Wissenschaftlern werde, so der Minister, „zunehmend vermutet“, daß Umweltgifte auch den

„Plötzlichen Kinstod“ auslösen können. Demnächst soll in Niedersachsen eine „Studie über den Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und „Pseudo-Krupp““ (Schnipkowitz) anlaufen.

Mit solchen Anfangserfolgen wollen sich die Umweltschützer nicht zufriedengeben. SPD, Grüne und Bürgerinitiativen planen, mit einer Fülle von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen über gemeinsame Ursachen von Wald- und Menschen-Siechtum zu informieren:

- ▷ Sozialdemokraten und Grüne haben diverse parlamentarische Initiativen ergriffen, unter anderem mit Anfragen in Sachen Babysterben, einem Bonner Hearing zum Thema Autoabgase sowie, am Mittwoch letzter Woche, einer Anhörung des Gesundheitsausschusses über „Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit“;
- ▷ Landespolitiker engagieren sich vielerorts für eine Verschärfung regionaler Smog-Verordnungen, beispielsweise vergangene Woche die Hamburger Grün-Alternative Liste (GAL), die ein dichteres Maßnetz und niedrigere Schwefeldioxid-Grenzwerte verlangt;
- ▷ alle großen Umwelt- und Naturschutzorganisationen, darunter der Deutsche Naturschutzring mit rund drei Millionen Mitgliedern, planen, auf das Anti-Raketen-Jahr 1983 ein „Aktionsjahr“ gegen das Vegetationssterben folgen zu lassen, in dem vor allem darauf hingewiesen werden soll, daß Luftschadstoffe nicht nur Denkmäler und Pflanzen, sondern auch „die Menschen direkt gefährden“ (BBU).

Schon haben Vertreter der Verbände – vom eher konservativen Bund für Vogelschutz bis zur rot-grünen Naturfreundejugend, von der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft bis zu den Schornsteinkletterern von „Robin Wood“ – erste Kontaktgespräche geführt. Helfer der BBU-Zentrale in der Bonner Friedrich-Ebert-Allee verschickten letzte Woche an Initiativgruppen und Einzelpersonen einen detaillierten „Aktionsfahrplan“ für das ganze Jahr.

Danach sind in einer „ersten Etappe“ (Schwerpunkt: Öffentlichkeitsarbeit) Regionalkonferenzen und Waldführungen geplant. „Kritische Aktionäre“, darunter BBU-Chef Jo Leinen, treten, wie am Donnerstag voriger Woche, in Hauptversammlungen von luftverschmutzenden Konzernen auf, etwa des Kohle-Giganten RWE, genannt „Rest-Wald-Erlediger“. Lokale Umweltgruppen wollen „Schornsteinpatenschaften“ zwecks „Überwachung örtlicher Emittenten“ übernehmen, sterbende Bäume mit Kalkkreuzen markieren oder Demonstrationen mit aufgebahrten Baby-puppen aufziehen.

Eine „Großkundgebung“ gegen die geplante Inbetriebnahme des umweltge-

fährdenden Kohlekraftwerks Buschhaus in Niedersachsen, der „größten Dreckschleuder der Nation“ (BBU), leitet am 28. April zur „zweiten Etappe“ über: Schwerpunktaktionen sollen beispielsweise an einem „Tag der Bauwerke“ (30. Mai) auf die „Zerstörung von Kulturdenkmälern durch den Sauren Regen“ hinweisen oder, an einem „Tag der Gesundheit“ (2. Juni), über Babyleiden und Bronchialerkrankungen durch das gelbe Gift Schwefel informieren.

In einer „dritten Etappe“, ab September, wollen die BBU-Strategen ihren Forderungen „nochmals Nachdruck“ verleihen, auf der Straße. Vorgesehen sind Behördenblockaden („fürsorgliche Belagerung von Ministerien“) und

Schwefeldioxid auf ein Siebteil vermindert. Aus einem mit Industrieabgaben und Kfz-Steuern gespeisten Fonds sind bereits 85 600 Japaner entschädigt worden, die der Staat als Opfer umweltbedingter Atemwegserkrankungen anerkannt hat.

Auch in der Bundesrepublik sind sich mittlerweile „alle Experten einig“, daß die Luftverschmutzung „katastrophal hoch“ ist und „mit Sicherheit zu gesundheitlichen Schäden“ führt, wie die Bonner „Welt“ letzte Woche die Ergebnisse des jüngsten Parlamentshearings zur Luftreinhaltung resümierte.

Hinweise für die Durchsetzung ihrer Forderungen gibt den westdeutschen Öko-Aktivisten eine Studie des Interna-



Bürgerinitiativen-Strategie Leinen: Nach dem Raketen-Jahr ein Umwelt-Jahr?

„Treckerkonvois mit kranken oder toten Tannen“.

Droht abermals ein heißer Herbst? Sprecher von Greenpeace, die das Thema Babysterben als „hochaktuell“ werten, wollen von ihrer Strategie strikter Gewaltfreiheit nicht abrücken. Die BBU-Spitzen, seit Jahren erfahren in der Organisation medienwirksamer Massendemonstrationen wie im holsteinischen Brokdorf, hingegen orakeln in ihrem Strategiepapier, „in der Form“ würden die Herbst-Aktionen „sicher auch von dem abhängen, was bis zu diesem Zeitpunkt geschehen ist“.

Als politisches Ziel schwebt vielen Umweltschützern eine Luftreinhaltungspolitik vor, wie sie in Japan seit 1970 betrieben wird: Eine Schwefelabgabe für Luftverschmutzer und die weltweit strengsten Vorschriften zur Autoabgas-Begrenzung haben dort den Ausstoß von

tionalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft am West-Berliner Wissenschaftszentrum, das Tokios Umweltpolitik analysiert hat. Die japanischen Erfolge, heißt es darin, seien „im wesentlichen“ aufgrund „klarer politischer Zielsetzungen“ erreicht worden – und infolge „öffentlichen Drucks“.

In Sachen Schwefel, rät der Autor der Studie, Helmut Weidner, den Bonner Politikern, könnten die Deutschen durchaus von den Japanern lernen.

Gerade „angesichts der gegenwärtig in der Bundesrepublik erneut aufgekommenen Diskussion über die Gesundheitsfolgen von Schwefeldioxid-Belastungen und ‚saurem Regen‘“ sei, so der Wissenschaftler, „intensivere Beschäftigung“ mit dem japanischen Modell „hilfreich“ – nützlicher jedenfalls als ständiges Starren „auf unsere europäischen Nachbarn, die weniger tun als wir“.